Deutsches Institut für Altersvorsorge

PRESSEINFORMATION

DIA-Studie analysiert, wie zukunftsfest die europäischen Sozialstaaten sind

Alle europäischen Staaten altern. Durch den demografischen Wandel werden die Sozialausgaben für Ältere in vielen Ländern der Europäischen Union in den kommenden Jahren enorm ansteigen, sofern keine rechtzeitigen Anpassungen an diese Entwicklung erfolgen. Da das Ausmaß der Alterung in den einzelnen EU-Staaten und der Umfang der Sozialausgaben allerdings unterschiedlich ausfallen, sind die Länder verschieden stark betroffen. So zählt Italien im Jahr 2060 zu den ältesten Ländern in Europa und zahlt heute bereits die höchsten Leistungen an die ältere Bevölkerung. Deutschland, Spanien, Griechenland und Portugal werden zwar 2060 ebenfalls zu den ältesten europäischen Staaten gehören, weisen aber im EU-Vergleich nur Ausgaben im Mittelfeld aus. Umgekehrt sind die Ausgaben pro Kopf in der Altersgruppe 65+ in Frankreich, Österreich, Schweden und Finnland vergleichsweise hoch, aber die Alterung in diesen Ländern schreitet nicht ganz so schnell voran. Zu diesen Einschätzungen gelangt die Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge „Zur Zukunftsfestigkeit der europäischen Sozialstaaten“, die vom Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) erstellt worden ist.

Die Staatsausgabenquoten liegen in Europa im Durchschnitt mit einem Anteil von fast 50 Prozent am Bruttoinlandsprodukt deutlich höher als beispielsweise in den USA oder in Japan. Innerhalb Europas gibt es aber große Unterschiede. Der mit Abstand größte Teil der Staatsausgaben entfällt auf die Sozialausgaben. Dafür wird im Durchschnitt der EU-27 etwa ein Fünftel des BIP ausgegeben. Zugleich sind die Sozialausgaben der Teil der Staatsausgaben, der am stärksten zwischen den verschiedenen Ländern variiert. So reicht der Ausgabenanteil für die soziale Sicherung von etwa 25 Prozent in den skandinavischen Ländern und Frankreich bis zu halb so hohen Werten in einigen osteuropäischen Staaten. Insgesamt sind die Ausgaben für Ältere in der Vergangenheit deutlich angestiegen. Das kann zu einem großen Teil aus dem steigenden Gewicht der älteren Generation erklärt werden. Dabei hat die Ausweitung der Sozialausgaben für Ältere nicht zu einer Verdrängung anderer Sozialausgaben geführt, sondern zu einer Ausweitung des Sozialstaates insgesamt.

„Man könnte auch sagen, soziale Wohltaten wurden gleichmäßig verteilt – allerdings nicht gleichmäßig finanziert“, stellt Christina Benita Wilke fest, Senior Economist am HWWI und Leiterin der HWWI-Niederlassung in Bremen, die gemeinsam mit Michael Bräuninger, Forschungsdirektor am HWWI, die Studie verfasst hat. „Das impliziert jedoch nicht, dass eine solche Verdrängung auch für die Zukunft bei höheren Ausgabenniveaus ausgeschlossen werden kann. Ganz im Gegenteil ist eine starke Abhängigkeit der Sozialausgaben vom Anteil der Älteren an der gesamten Bevölkerung festzustellen, was für die Zukunft auf zunehmende Finanzierungsprobleme schließen lässt.“

Sollen die staatlichen Leistungen zur sozialen Sicherung der Älteren auch in Zukunft in ihrem heutigen Umfang erhalten bleiben, wird es in vielen europäischen Ländern zu erheblichen zusätzlichen Belastungen für die aktive Generation kommen, die diese Leistungen zu einem Großteil finanziert. Einige der europäischen Länder, wie beispielsweise Deutschland, aber auch Italien, haben daher in

den vergangenen Jahren bereits weitreichende Reformen ihrer Alterssicherungssysteme durchgeführt. Werden diese Reformen langfristig mit politischer Kontinuität umgesetzt, so können die in dieser Studie aufgezeigten potenziellen Belastungen für die Zukunft deutlich reduziert werden.

Von entscheidender Bedeutung für die Belastung der Beitragszahler zur Rentenversicherung ist das Verhältnis von (sozialversicherungspflichtigen) Erwerbstätigen und Rentnern. Die Studie untersucht daher die Anpassungspotenziale auf dem Arbeitsmarkt. Eine zentrale Stellschraube sind dabei die Erwerbsquoten. Ihre Erhöhung kann dazu beitragen, die demografisch bedingten Belastungen abzumildern. Innerhalb der Europäischen Union streuen die Erwerbsquoten zwischen 60 und 80 Prozent, wobei die Unterschiede wesentlich durch die Differenzen zwischen den Erwerbsquoten der Älteren und der Frauen bestimmt werden. In Deutschland ist das Erwerbsverhalten von Frauen maßgeblich durch die Anwesenheit von Kindern geprägt. So ist die Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen im internationalen Vergleich hoch. Erst wenn Mütter mit Kindern betrachtet werden, fällt Deutschland im Ranking zurück. Die Differenz der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern mit Vorschulkindern betrug 2012 in Deutschland 31 Prozentpunkte. Nicht nur die skandinavischen Länder, sondern auch Länder wie Polen, Österreich, Frankreich und Großbritannien kommen auf niedrigere Differenzen. „Auch wenn die Kinder bereits im Teenager-Alter oder erwachsen sind, haben Väter in Deutschland noch eine um 11,7 Prozentpunkte höhere Erwerbstätigenquote als Mütter, während sich das Erwerbsverhalten in den meisten anderen Ländern mit zunehmendem Kindesalter weitaus stärker angleicht“, fügt Christina Benita Wilke hinzu.

Bei gegebenen Renten sinkt die Belastung der Beitragszahler zudem, wenn die Arbeitsproduktivität und das Lohnniveau zunehmen, während die Sozialausgaben konstant bleiben. Allerdings ist in den meisten Ländern auch die Rente zumindest teilweise an die Lohnhöhe gekoppelt. Dennoch führen Produktivitätssteigerungen zu einem gewissen Rückgang der Beitragsbelastung. „In der Vergangenheit konnten die EU-Länder in sehr unterschiedlichem Ausmaß Produktivitätsgewinne realisieren“, hält Michael Bräuninger fest. Im Süden und Osten Europas könnte durch verstärkte Ausgaben für Bildung sowie für Forschung und Entwicklung der Produktivitätsfortschritt beschleunigt werden. Aber auch in den anderen Ländern werden die selbst gesteckten Ziele der Lissabon-Strategie verfehlt, so dass noch Verbesserungen möglich sind.

Die Studienautoren listen eine Reihe von Maßnahmen in der Rentenpolitik auf, die beitragen können, dass die Sozialsysteme in den europäischen Staaten zukunftsfester werden. Eine zentrale Rolle nimmt dabei das Renteneintrittsalter ein. In der Mehrzahl der Länder liegt das gesetzliche Renteneintrittsalter für Männer bei 65 Jahren und für Frauen bei 60 Jahren. In einigen Staaten liegt allerdings auch das Eintrittsalter für Männer deutlich unter 65 Jahren, im Durchschnitt der EU-27 beträgt es 63,9 Jahre. Das effektive Renteneintrittsalter ist in den meisten Ländern allerdings nochmals deutlich geringer als die vorgeschriebenen gesetzlichen Regelaltersgrenzen. Einzig Irland (64,1), die skandinavischen Länder Schweden (63,8) und Dänemark (63,1), sowie Zypern (63,5) und die Niederlande (63,2) erreichen hier einen Wert über 63 Jahren. „Als wichtigste Politikmaßnahme ergibt sich hieraus neben der je nach Land möglicherweise unterschiedlich angemessenen Höhe des gesetzlichen Renteneintrittsalters insbesondere die Umsetzung eines einheitlichen Renteneintrittsalters für Männer und für Frauen“, erklärt Christina Benita Wilke. In Deutschland ist dies mittlerweile schon der Fall.

Die Studienautoren ziehen auch die Kopplung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung in Betracht. Damit würde die Erwerbsphase automatisch mit der steigenden Lebenserwartung verlängert, die Ruhestandsphase hingegen bliebe gleich. Die schrittweise Anhebung des Regelrenteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre komme dieser Forderung schon recht nahe, zumindest in den nächsten 20 Jahren. Im Trend steigt die fernere Lebenserwartung in Deutschland um mehr als 1,5 Monate pro Jahr, angehoben wird die Altersgrenze im Durchschnitt um 1,3 Monate. „Koppelt man das Rentenalter an die Lebenserwartung, so hat man einen automatischen Mechanismus und spart sich die wiederholten Debatten im Rhythmus der Wahljahre. Dies hätte sicherlich auch für Deutschland seinen Charme“, meint Christina Benita Wilke.

Um die Belastungen der Erwerbstätigen bei Eintritt der Baby-Boomer in den Ruhestand abzumildern, ist zudem eine stärkere individuelle Vorsorge bei einer gleichzeitigen graduellen Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus notwendig. „Die Förderung der privaten Altersvorsorge, insbesondere durch die Riester-Rente, hat in Deutschland die richtigen Impulse gesetzt“, so Forschungsdirektor Michael Bräuninger.

Insgesamt muss in Deutschland, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, dringend ein Perspektivenwechsel stattfinden. Dafür sehen die Autoren gute Chancen. Zukünftig werden Unternehmen immer stärker einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften beobachten. Diese werden andererseits höhere Abschläge bei der Rente erfahren, sofern sie vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Folglich sollte sowohl bei Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern das Interesse an einem längeren Arbeitsleben bestehen. Damit dies erreicht wird, müssen ältere Arbeitnehmer allerdings auch besser gefördert und in das Arbeitsleben integriert werden. Für diesen notwendigen Perspektivenwechsel bedarf es langfristiger Anpassungsprozesse im Denken und Handeln von Wirtschaft und Gesellschaft – Aufgabe der Politik muss hierbei sein, die Kontinuität politischer Reformen sicherzustellen und so langfristig verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Berlin, 9. April 2014

Kontakt:
Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH
Charlottenstraße 68, 10117 Berlin

Klaus Morgenstern
Mitglied des Sprecherkollegiums
Chefredakteur Dienste
Tel.: 030 – 201 88 583
Mobil: 0152 – 29 93 86 79
morgenstern@dia-vorsorge.de
www.dia-vorsorge.de